

wendig und richtig. Wir zeigen mit dem Antrag, dass das hier auch erfolgreich sein kann.

(Vereinzelt Beifall SPD)

- Genau. Frau Schwartz ist leider nicht anwesend, aber ich denke, sie bekommt das mit.

(Kurth [SPD]: Es steht ja im Protokoll!)

Ich glaube, dass es wichtig ist, zeitnah über die Wege und Themen in Brüssel unterrichtet zu sein, um parlamentarisch reagieren zu können. Mit ihrem Newsletter von 2016 hat sie auf das hier in Rede stehende Thema hingewiesen.

Transparenzregister - was ist das? Dort werden außerhalb der europäischen Gesetzgebungsprozesse Interessenvertreter zur Wahrung und Verbesserung der Transparenz geführt, damit man weiß, wer dort unterwegs ist. Das Land Brandenburg ist mit seinen Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung im Ausschuss der Regionen vertreten. Auch die Kommunen werden durch die Spitzenverbände im Ausschuss der Regionen auf europäischer Ebene repräsentiert. Das heißt, wir haben Mitwirkungsrechte, die in Artikel 4 Abs. 2 des EU-Vertrags verbrieft sind.

Ich glaube, es ist Zeit, dass man da gegensteuert. Inzwischen gibt es Signale, dass die Kritik, die aus den Bundesländern - Deutschlands, aber auch Österreichs - kommt, angenommen wird. Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir uns im Landtag mit diesem Thema befassen und mit dem Antrag den notwendigen Druck ausüben, um das hier zu verhindern. Bisher ist im Lobbyregister eine freiwillige Registrierung möglich; nun soll die Registrierung verpflichtend werden.

Deshalb begrüße ich, dass die von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente bzw. des Bundestagspräsidenten dazu gefassten Beschlüsse von den Landtagen bzw. Landtagsausschüssen Bayerns, Sachsens und Hessens auf den Weg gebracht wurden. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben sich beteiligt. Ich denke, wir legen besonderen Wert darauf, dass wir uns dahin gehend nicht nur für unser Land, sondern auch für die kommunalen Spitzenverbände einsetzen. Ich freue mich über diesen gemeinsamen Antrag und danke dafür, dass wir den Schulterschluss hinbekommen haben. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Richstein. Bitte schön.

Frau Richstein (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Demokratie lebt von Mitbestimmung und Transparenz. Das gilt sowohl für die Kommunalpolitik, die Landes- und Bundespolitik als auch die Politik auf europäischer Ebene. Mitbestimmung beschränkt sich aber nicht auf den Gang zur Wahlurne. Nein, auch während der Wahlperiode muss es Möglichkeiten geben, mit Parlamentariern - in diesem Fall Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommissi-

Ich schließe Tagesordnungspunkt 14 und rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Keine Ausweitung des Anwendungsbereichs des EU-Transparenzregisters auf die Bundesländer, Kommunen sowie ihre Vertretungen

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/4287

Die Aussprache wird von der Abgeordneten Hackenschmidt für die SPD-Fraktion eröffnet. Bitte schön.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ja, einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Kräfte wünschen wir uns hier häufiger. Wir wünschen uns keine Ausweitung des Anwendungsbereichs des EU-Transparenzregisters auf die Bundesländer, Kommunen sowie ihre Vertretungen.

An dieser Stelle nutze ich die Gelegenheit, um die neue Kontakt- und Informationsstelle in Brüssel und damit auch die Arbeit von Frau Schwartz zu würdigen. Ich glaube, durch den Hinweis von Frau Schwartz vor Ort in Brüssel wurden wir rechtzeitig auf die Problematik hingewiesen. Das macht deutlich: Der Kampf um die Einrichtung der Kontakt- und Informationsstelle für die Parlamentarier hat sich gelohnt; es war not-

on - in Kontakt zu treten und bei ihnen für eigene Ideen zu werben. Wichtig ist: Überall, wo von außen, etwa von Interessenvertretern auch vonseiten der Wirtschaft, auf demokratische Institutionen eingewirkt wird, muss das für die Bürger transparent gemacht werden. Genau dies ermöglicht das EU-Transparenzregister in seiner jetzigen Form, und das begrüßen wir voll und ganz.

Jetzt aber plant die Europäische Kommission die Überarbeitung des EU-Transparenzregisters. Dabei wird auch über eine verpflichtende Registrierung für unsere Bundesländer, Kommunen und ihre Vertretungen diskutiert. Das würde bedeuten, dass sich das Land Brandenburg, der Landtag und seine Mitglieder sowie sämtliche Kommunen und ihre Vertretungen in das EU-Transparenzregister eintragen müssten, bevor sie mit den europäischen Institutionen in Kontakt treten. Das gilt es zu verhindern, meine Damen und Herren, denn damit werden unsere Bundesländer, Kommunen und ihre Vertretungen auf eine Stufe mit Interessenvertretern aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gestellt, also denjenigen, die von außen Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen.

Im Gegensatz zu den externen Interessenvertretern sind wir jedoch ein integraler Bestandteil des europäischen Gesetzgebungsprozesses - und das nicht erst seit dem Vertrag von Lissabon. Das Grundgesetz garantiert den Bundesländern über den Bundesrat unmittelbare Mitwirkungsrechte in Angelegenheiten der Europäischen Union. Das Land Brandenburg sowie andere Bundesländer werden im Ausschuss der Regionen vertreten. Ebenso werden die Kommunen durch ihre Spitzenverbände im Ausschuss der Regionen auf europäischer Ebene repräsentiert.

Kurzum: Das Land Brandenburg und seine Kommunen sind demokratisch legitimierte Akteure im europäischen Institutionsgefüge. Das unterscheidet sie ganz maßgeblich von den Interessensvertretern aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Genau deshalb dürfen wir bei der geplanten Reform des EU-Transparenzregisters auch nicht mit diesen gleichgesetzt werden.

Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon dazu verpflichtet, die jeweilige nationale Identität der Mitgliedsstaaten und insofern auch die föderale Struktur und die damit einhergehenden Rechte unserer Länder und Kommunen, die im Grundgesetz fest verankert sind, zu achten. Wir, sprich gewählte Volksvertreter, dürfen in unserer Arbeit nicht eingeschränkt werden. Daher begrüße ich, dass sich auch andere Institutionen gegen diese Registrierungspflicht ausgesprochen haben, und ich freue mich außerordentlich, dass wir das heute auch im Landtag tun.

Frau Hackenschmidt hatte schon auf die Arbeit von Frau Dr. Schwartz hingewiesen. Sie hat uns rechtzeitig informiert. Es freut mich, dass es uns dieses Mal gelungen ist, in einem Konsultationsverfahren als Landtag eine Stellungnahme abzugeben. Das ist, seit der Vertrag von Lissabon gilt, das erste Mal - das freut mich außerordentlich -, und ich hoffe, dass es nicht das letzte Mal sein wird. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Büchel.

Büchel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen, ich will es kurz machen, da meine Vorrednerinnen schon inhaltlich auf das Transparenzregister und dessen Auswirkungen auf uns und unsere Kommunen eingegangen sind. Es ist heute das richtige Signal aus dem Plenum, fraktionsübergreifend zu sagen: So bitte nicht! Wir haben ein anderes Verständnis von der Mitwirkungsgestaltung der Kommunen, Landesvertretungen und Parlamente innerhalb des europäischen Kontexts. - Daher ist dieses Transparenzregister ganz klar nicht unser Ansatz. Wir haben die Möglichkeit, uns zu beteiligen, und das Transparenzregister würde dies einschränken. Die kommunalen Spitzenverbände, die sich richtigerweise nicht in das Transparenzregister eingetragen haben, haben schon jetzt nicht mehr die Möglichkeit, für ihre Vertretungen in Brüssel überhaupt nur Gesprächstermine zu kommunalen Angelegenheiten zu bekommen. Das ist genau der falsche Ansatz. Daher ist es richtig, dass wir als Plenum heute ein klares Signal setzen.

Das Transparenzregister steht im Widerspruch zu dem, was die Kommission sich selbst auferlegt hat. Mit dem Pakt von Amsterdam und der aktuellen Städteagenda ist gesagt worden: Wir wollen die Kommunikation mit den Städten und Kommunen verbessern bzw. optimieren. - Genau das Gegenteil passiert, wenn das Transparenzregister reformiert wird.

Ich als Ausschussvorsitzender möchte mich dem Dank an Frau Dr. Schwartz, unserer Kontakt- und Beratungsstelle in Brüssel, anschließen. Es ist deutlich geworden, wie wichtig diese Kontaktstelle in Brüssel ist

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE] sowie der Abgeordneten Frau Richtein und des Abgeordneten Lakenmacher [CDU])

und dass wir zeitnah Informationen erhalten, die uns Brandenburgerinnen und Brandenburger direkt betreffen.

Weiterer Dank gilt den Mitgliedern des Europaausschusses, dass wir uns sachlich und zeitnah über diese Problematik verständigt haben und - wie auch heute zu erwarten ist - fraktionsübergreifend einen klaren Beschluss gefasst haben. Vielen Dank dafür. Es ist ein gutes Zeichen für Brandenburg und Europa.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD Fraktion spricht der Abgeordnete Wiese.

Wiese (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist erstaunlich, dass sich die Altparteien den Brüsseler Bürokraten gegenüber auf einmal kritisch äußern. Sie sprechen sich in Ihrem Antrag nicht für die Ausweitung des Anwendungsbereichs des EU-Transparenzregisters auf die Bundesländer, die Kommunen sowie ihre Vertretungen aus. Die Europäische Kommission plant derzeit die Überarbeitung des bisher nicht verpflichtenden EU-Transparenzregisters. Ziel des Transparenzregisters ist die öffentlich einsehbare Erfassung derjenigen Interessenvertreter, die Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen wollen, ohne Teil des Rechtssetzungsverfahrens zu sein.